

Appell der Volkskammer an den Bundestag vom 10. Oktober 1951

Die Konferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs im September dieses Jahres in Washington hat die große Gefahr aufgedeckt, in die Deutschland und das deutsche Volk für seinen Bestand und für seine friedliche Zukunft geraten sind. Aus diesem Anlaß hat die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 15. September 1951 einen Appell an den Bundestag der Bundesrepublik Deutschland, an alle Deutschen und alle deutschen demokratischen Parteien und Organisationen gerichtet.

Im Interesse des Lebens und der Zukunft der Nation hat die Volkskammer in diesem Appell vorgeschlagen, eine gemeinsame

gesamtdeutsche Beratung der Vertreter Ost- und Westdeutschlands zur Erörterung der lebenswichtigen Fragen des deutschen Volkes durchzuführen. Gleichzeitig schlug die Volkskammer vor, die gesamtdeutsche Beratung möge folgende zwei Fragen erörtern und entscheiden:

- a) über die Abhaltung freier, gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung mit dem Ziel der Bildung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands,
- b) über die Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Der Bundestag der Bundesrepublik Deutschland hat den Appell der Volkskammer am 27. September behandelt. Der Bundestag hat den Vorschlägen der Volkskammer nicht zugestimmt, obwohl diese Vorschläge die einmütige Unterstützung des deutschen Volkes gefunden haben. Dabei hat der Bundestag jedoch der Volkskammer keine direkte Antwort auf den Vorschlag zur Einberufung einer gesamtdeutschen Beratung gegeben. Es ist unbekannt, warum der Bundestag auf die klar formulierten Vorschläge des Volkskammerappells vom 15. September nicht antwortete.

Obwohl für die gesamtdeutsche Beratung eine klare Tagesordnung vorgeschlagen ist, beschränkte sich der Bundestag auf eine Darlegung seiner Stellungnahme nur zur Frage der Durchführung gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung. Zum zweiten vorgeschlagenen Verhandlungspunkt, nämlich über die Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland, hat der Bundestag überhaupt nicht Stellung genommen, er hat diese Frage mit Schweigen umgangen. Dabei hat aber die Frage der Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland für das weitere Schicksal Deutschlands außerordentliche Bedeutung und ist eine der Hauptforderungen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Zeit.

Die Volkskammer ist der Auffassung, daß die Mehrzahl der vom Bundestag in der Sitzung vom 27. September gemachten Vorschläge über die Bedingungen für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen (14 Punkte) annehmbar sind. Außer diesen Fragen gibt es jedoch auch andere Fragen, die von den Vertretern Ost- und Westdeutschlands auf der gesamtdeutschen Beratung erörtert werden müssen, um die demokratischen Wahlen in ganz Deutschland zu sichern.

Die Volkskammer ist der Auffassung, daß es zweckmäßig ist, die Frage einer internationalen Kontrolle der Wahlen auf der gesamtdeutschen Beratung zu erörtern.

Die Volkskammer erwartet vom Bundestag eine klare Antwort auf die beiden Fragen, die von der Volkskammer in ihrem Appell vom 15. September 1951 gestellt wurden, und zwar:

- a) Ist der Bundestag damit einverstanden, daß in der nächsten Zeit eine gesamtdeutsche Beratung aus Vertretern West- und Ostdeutschlands für die Erörterung der lebenswichtigen Fragen des deutschen Volkes durchgeführt wird?
- b) Ist der Bundestag damit einverstanden, daß in dieser gesamtdeutschen Beratung zwei Fragen erörtert werden, und zwar:
die Abhaltung freier, gesamtdeutscher Wahlen mit dem Ziel der Bildung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands und die Frage der Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland?

Die Volkskammer steht geschlossen hinter dem Inhalt ihres Appells vom 15. September 1951 zur sofortigen Einberufung einer gesamtdeutschen Beratung und ist jederzeit bereit, ihre Verhandlungsteilnehmer für die gesamtdeutsche Beratung zu ermächtigen.

Protest der Volkskammer gegen Adenauers Kriegsgespräche

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hält es für ihre Pflicht, alle friedliebenden deutschen Menschen darauf hinzuweisen, daß zur selben Zeit, da die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes Maßnahmen für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands erwartet, die Regierung Adenauer mit den drei Hochkommissaren in Verhandlungen eingetreten ist, die das Ziel verfolgen, Westdeutschland in das System des kriegerischen Atlantikpaktes einzugliedern, damit die Spaltung Deutschlands zu vertiefen und Westdeutschland zum Aufmarschgebiet für die amerikanische Aggression in Europa zu machen.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik erhebt entschiedenen Protest gegen diese antinationale Handlungsweise Adenauers und fordert die Einstellung dieser Verhandlungen. Sie fordert die Abgeordneten des Bundestages auf, die sofortige Einstellung dieser Verhandlungen zu beschließen, deren Ergebnis dem deutschen Volk unsägliche Leiden zu bringen droht. Gleichzeitig ruft sie alle friedliebenden Deutschen auf, sich diesem Protest anzuschließen.